Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • **5. Jahrg.**

Donnerstag, 5. Januar 1922

Nummer 8 • **Abend-Ausgabe**

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 73.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarife Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Forderungen der englischen Arbeiter

Für Abänderung der Reparationspolitik

London, 5. Januar.

Lloyd George wurde, wie berichtet wird, während seiner letzten Konferenz mit Briand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, in dem eine radikale Abänderung der Reparationspolitik, völlige Anerkennung Sowjetrußlands, die Zurückziehung der Truppen vom Rhein, eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau, sowie die Gewährung von Anleihen und Krediten gefordert werden.

•

Die Forderungen der englischen Arbeiter sind ein erneuter Beweis dafür, daß das englische Proletariat keineswegs gewillt ist, den verwüstenden Folgen des Versailler Friedensvertrages und der aus ihm sich ergebenden Reparationspolitik untätig gegenüberzustehen. Die englischen Arbeiter haben schon mehrfach, so beispielsweise während des Krieges zwischen Polen und Sowjetrußland, einen starken Druck auf die äußere Politik Großbritanniens ausgeübt, sie haben auch verschiedentlich durch entsprechende Maßnahmen und Aktionen versucht, auf die Gestaltung der Reparataionspolitik der Entente einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Jetzt haben sie in ihrem Memorandum an Lloyd George erneut ihren Willen kundgegeben, die Reparationspolitik der Entente in andere Bahnen zu lenken und für den Wiederaufbau Europas im Sinne des Friedens und der internationalen Solidarität der arbeitenden Klassen zu wirken.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit und die zunehmende wirtschaftliche Krise in England geben den Forderungen der englischen Arbeiter eine Bedeutung, die weit über den Rahmen ihrer gegenwärtigen Stellung im Parlament hinausreicht. Nicht nur das Proletariat, auch breite Kreise des englischen Bürgertums leiden unter den Schädigungen, die die Reparationspolitik dem Wirtschaftsleben Englands täglich zufügt. Die neue Linie, die Lloyd George in den letzten Wochen in der Frage des „Wiederaufbaus Europas" eingenommen hat, ist nicht nur eine Folge der Erkenntnis der führenden Regierungsmänner, daß es so weiter nicht geht, sondern wohl noch in stärkerem Maße ein Ergebnis des Druckes, den die breiten Massen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, auf die Regierung ausübten.

Angesichts der unzweifelhaften Erfolge, die Lloyd George in der irischen Frage erzielt hat, sucht er seine Stellung durch Ausschreibung neuer Wahlen, die wahrscheinlich im Februar stattfinden werden, zu befestigen. Aber gerade diese Wahlen werden der englischen Arbeiterklasse die Möglichkeit geben, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen und einen starken Druck auf die gesamte auswärtige Politik der Regierung auszuüben. Nicht umsonst weist „Manchester Guardian", das führende liberale Organ Englands, darauf hin, daß, wenn die Regierung bei den Wahlen eine Niederlage erleiden sollte, nur eine liberale oder eine Arbeiteropposition folgen könne, die sich zweifellos vereinigen würde, um noch entschlossener die Wiederaufbaupolitik zu vertreten, die die Regierung jetzt angenommen habe. Die englische Wahlkampagne wird so in Verbindung mit der erstarkenden Opposition der englischen Arbeiterklasse, zweifellos einer der wichtigsten Faktoren der europäischen Politik der nächsten Monate werden.

•

Wie die Londoner Blätter melden, trifft der Hauptgegner der Koalition, die Arbeiterpartei, bereits ihre Vorbereitungen. Für Donnerstag abend ist eine gemeinsame Sitzung des Generalrates der Arbeiterhaft und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei zu einer Erörterung der allgemeinen politischen Lage einberufen worden.

Beginn der Beratungen in Cannes

Cannes, 4. Januar.

Gegen Abend stattete Briand dem soeben eingetroffenen italienischen Ministerpräsidenten Bonomi einen Besuch ab. Hierauf begab sich Bonomi zu Lloyd George. Loucheur hat für morgen vormittag mit dem britischen Kriegsminister Worthington Evans eine Zusammenkunft verabredet. Die Sachverständigen werden morgen die erste Sitzung abhalten.

Paris, 4. Januar.

Die französische Finanzdelegation sowie die Delegation von Belgien, Japan und Italien sind heute abend 5,45 Uhr nach Cannes abgereist, wo sie morgen vormittag eintreffen werden. Der japanische Botschafter in Paris, Graf Ishii, und der japanische Botschafter in London, Hayashi, reisen mit demselben Zuge, ebenso der italienische Minister für die befreiten Gebiete, Raineri, und der italienische Delegierte für die Reparationskommission, Salvago Raggi.

Der englische Standpunkt

London, 5. Januar.

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Cannes meldet: In Konferenzkreisen werde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Lloyd George vielleicht gleich zu Beginn der Konferenz des Obersten Rates einen großen kühnen Plan unterbreiten wird, ebenso wie dies Staatssekretär Hughes auf der Washingtoner Konferenz getan habe. Die augenblickliche Ansicht der britischen Delegation in der Konferenzfrage sei, daß Deutschland gestattet werden müsse, für 1922 mit einer Gesamtzahlung von 500 Millionen Goldmark wegzukommen, die zwischen Januar und April verteilt werden solle. Dafür sollten Bürgschaften geschaffen werden, um das „Reinemachen" der deutschen Finanzen zu sichern. Desgleichen solle auf größere Zahlungen in Waren bestanden werden. Bestritten wird, daß Großbritannien daran denke, auf seine Ansprüche auf irgendwelche unmittelbare Zahlung zu verzichten, obgleich bestrebt sei, seinen Alliierten soweit wie möglich entgegenzukommen.

Hier bestehe leider die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten. Briand habe erklärt, daß Frankreich bis zum Aeußersten der Zugeständnisse gegangen sei, und es sei schwer, zu sehen, wie der britische Standpunkt mit der Erfüllung der Forderungen Frankreichs in Einklang zu bringen wäre. Die Frage der Priorität Belgiens mache diese Schwierigkeit noch größer. Die italienische Oeffentlichkeit neige mehr und mehr zugunsten einer engen Annäherung an Großbritannien. Diese Tatsache werde nicht ohne Einfluß auf die Regelung des Reparationsproblems sein und vielleicht auch auf die Regelung der Frage des nahen Ostens. Gunaris, der vor kurzem in Rom gewesen sei, werde, wie man erwartet, nach Cannes kommen mit dem Gedanken an eine gemeinsame englisch-griechisch-italienische Politik in Kleinasien.

Der „Times"-Berichterstatter sagt ferner, man glaube jetzt daß wegen der durch Frankreich erfolgten Annahme des amerikanischen Vorschlages über die Verwendung von U-Booten gegen Handelsschiffe, die U-Boot-Frage nicht, wie man früher gefürchtet habe, die Behandlung der verschiedenen verwickelten Fragen in Cannes noch schwieriger zu gestalten brauche. Die Annahme des amerikanischen Vorschlags durch Frankreich sowie die Tatsache, daß Briand für ein endgültiges Bündnis mit England eintrete, beweise, daß Frankreich in hohem Maße bestrebt sei, alles in seiner Macht liegende zu tun, um sich mit Großbritannien zu einigen.

Der französische Standpunkt

Paris, 5. Januar.

Havas meldet aus Cannes: Gestern abend zeigte man in den französischen und englischen Kreisen der Konferenz bezüglich der sehr herzlichen Unterhaltung, die Briand und Loucheur am Nachmittag mit Lloyd George und Sir Robert Horne hatten, die gleiche Zurückhaltung. Es scheint nicht, als hätten sich die Ansichten, die die beiden Premierminister in London ausgetauscht haben, merklich geändert, d. h. die englische Regierung soll immer noch von dem Wunsche beseelt sein, in erster Linie das Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas in Angriff zu nehmen, das ihrer Meinung nach die ganze Reparationsfrage in einschneidender Weise beeinflußt. Auf französischer Seite erkennt man gern an, daß der englische Grundsatz in gewissem Maße begründet ist. **Die wirtschaftliche Krise, unter der die ganze Welt leidet, hat auch ihre Rückwirkung auf Frankreich gezeigt, wo, um nur ein einziges Beispiel anzuführen, die Ausfuhr von Metall und metallurgischen Erzeugnissen beträchtlich geringer geworden ist.** Aber — so meint man auf französischer Seite — dieses Werk des Wiederaufbaues kann nur schrittweise vor sich gehen und braucht lange Fristen, bevor es die Ergebnisse zeitigen wird, die man von ihm erwartet. Frankreich ist entschlossen, im Einvernehmen mit seinen Verbündeten daran mitzuarbeiten. Indessen ist die französische öffentliche Meinung der Ansicht, daß die Frage der Reparationen, die Deutschland schuldet, unabhängig bleiben müsse von den Beschlüssen allgemeiner Art, die in dieser Hinsicht gefaßt werden könnten. Frankreich hat ein Guthaben bei Deutschland, dessen Höhe und dessen Zahlungsmodalitäten zwischen den Alliierten festgelegt und von Deutschland angenommen worden sind. Von seiner Regelung hängt in weitem Umfange das budgetäre Gleichgewicht Frankreichs ab. Es erscheint daher unmöglich, daß man von Frankreich die Zustimmung zum Verzicht auf das, was ihm zukommen muß, verlangt.

(Siehe auch 3. Seite.)

Die Schande von Niederschönenfeld

Die „Denkschrift" der bayerischen Regierung über die Behandlung der Gefangenen von Niederschönenfeld bestimmt, die bayerische Strafvollstreckungsbehörde zu entlasten, erfüllt diesen Zweck nicht, sondern zeigt nur von neuem die ganze Größe der Schmach und die abgrundtiefe Gemeinheit, die uns als bayerische Strafvollstreckung entgegentritt. Wir haben schon in unserer Morgenausgabe daran erinnert. Unser Münchener Korrespondent schreibt uns nun zum gleichen Thema folgendes:

Wir müssen uns auf die bisher bekanntgewordenen Auszüge in der Presse beschränken, wenn wir auf die Denkschrift näher eingehen. Von vornherein sei festgestellt, daß von allen Rechtswidrigkeiten und Brutalitäten, die Genosse Niekisch in seiner Denkschrift veröffentlicht hat, **auch nicht ein einziger Punkt widerlegt** wird. Die Denkschrift stellt fest, daß durch das Treiben einer Gruppe von Gefangenen „Sicherheitsmaßnahmen" erforderlich waren, die auf Grund der Hausordnung dem Anstaltsleiter **„weitgehende Befugnisse zu selbständigem Einschreiten gegen Gefangene" in die Hand gaben.** Das ist aber eine Bestätigung der dem früheren Anstaltsvorstand Kraus zur Last gelegten **Willkürakte gegen Gefangene,** die er stets zu rechtfertigen pflegte mit dem Satz: **„Ich bin an keine Vorschriften gebunden. Sie sind ganz in meiner Hand!"** Aber selbst zugegeben, daß eine Gruppe besonders schwierig zu behandelnder Festungsgefangener die Verwaltung zum Einschreiten veranlaßte, so ist damit noch keine Rechtfertigung dafür gegeben, warum die übrigen Gefangenen der Willkür des Vorstandes ausgeliefert wurden. Die Regierungsdenkschrift macht auch nicht den leisesten Versuch, nach dieser Richtung eine Erklärung zu geben. Selbst die rechtssozialistische „Münchener Post" kommt zu dem Urteil, daß der durchaus polemische Ton der Denkschrift sie zu einer Streitschrift gestalte, die **nicht geeignet sei, die Justizverwaltung zu entlasten.** Es sei deutlich daraus zu ersehen, daß sie die Gefangenen nicht als ihrer Obhut anvertraute, sondern als **eine mit härtesten Disziplinarmitteln zu bekämpfende feindliche Macht** ansehe. Die bayerische Justizverwaltung habe in Niederschönenfeld den Beweis erbracht, daß sie dem Strafvollzug dort eine politische Gestalt gegeben habe.

Selbstverständlich kann die Regierung in ihrer Denkschrift nicht darauf verzichten, zum wiederholten Male die Greuelberichte von Totschlägern zu erzählen, die bei den Gefangenen gefunden worden sein sollen. Sie vergißt aber, darauf zu verweisen, daß die Gefangenen sich in der Zeit des Kapp-Putsches in Lebensgefahr befanden und deshalb auf alle möglichen Gedanken kamen. Die schon im Landtag vordemonstrierte Holzkeule figuriert wieder als Totschlagswerkzeug, obwohl festgestellt ist, daß sie als Theaterrequisit verfertigt und verwendet wurde.

Aber die Befürchtungen während der Kapptage sind nicht nur von den Gefangenen gehegt, sondern von dem damaligen Justizminister Müller-Meiningen geteilt worden. Die Gefangenen suchten sich auf **Verteidigung gegen einen etwa geplanten Mordüberfall** vorzubereiten und der Justizminister traf noch besondere Schutzmaßnahmen, um die Gefangenen vor der Ermordung zu schützen! Trotzdem macht man jetzt dem braven Spießer gruslich mit dem Totschlägern der Gefangenen. Auch der Ausbruchsplan, der während des Kapp-Putsches entstanden war — aus den gleichen Gründen wie die Verteidigungsmittel —, muß jetzt dazu dienen, die „Gefährlichkeit" der Gefangenen darzutun. Aber das allerlustigste ist, daß die Regierung keine anderen Argumente für die „Staatsgefährlichkeit" der politischen Gefangenen beizubringen weiß, als zwei Gedichte von Gefangenen. Das eine ist ein Gedicht auf Hölz und das andere ein Spottgedicht auf den früheren Justizminister Müller-Meiningen, denen die Regierung durch ihre Denkschrift weiteste Verbreitung gesichert hat. Um aber die Darlegungen der Regierungsdenkschrift glaubhaft erscheinen zu lassen, werden Briefe von Festungsgefangenen veröffentlicht, die die Justizverwaltung rechtfertigen sollen. Diese Briefe stammen von Festungsgefangenen, die Bewährungsfrist erhielten. Wer die Verhältnisse in Niederschönenfeld kennt, der weiß auch, daß Bewährungsfrist fast nur zugebilligt wird, wenn der betreffende Gefangene durch „Wohlverhalten" sich auszeichnet, zu deutsch, wenn er irgendeine Art Gesinnungslumperei begeht. Genosse Niekisch, der selbst zwei Jahre in Niederschönenfeld war, schreibt darüber:

„Der betreffende Gefangene schreibt, was das Justizministerium gerne lesen und verwerten will; das Justizministerium dagegen hat Verständnis, wenn der Briefschreiber später einmal um Bewährungsfrist nachsucht."

Das sind die Kronzeugen der bayerischen Regierung!

Unser Korrespondent schreibt zum Schluß: Gegen die Besichtigung der Festung Niederschönenfeld durch einen Untersuchungsausschuß des Reichstags hat sich die bayerische Regierung und die Mehrheit des bayerischen Landtags gesträubt. Ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtags ebenfalls abgelehnt. Zuletzt argumentierte man damit, erst die Regierungsdenkschrift abzuwarten. Diese Denkschrift ist nun erschienen. Es wäre die Pflicht der bayerischen Regierung, von sich aus die Einsetzung eines Untersuchungs-

---

Massen heraus!

Proletarier Berlins, Männer und Frauen!

Auf zur Protestversammlung! Heute, um 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10

Verhindert die Auslieferung der inhaftierten Spanier!

ausschusses zu verlangen. Tut sie das nicht, so gibt sie damit nur kund, daß sie in der Frage des Strafvollzugs in Niederschönenfeld ein schlechtes Gewissen hat und sie wird es sich gefallen lassen müssen, daß gegen ihren Willen, der Untersuchungsausschuß zustandekommt und die Wahrheit über Niederschönenfeld feststellt!

Das angebliche Steuerkompromiß

Einer Nachricht zufolge, die gestern durch die Presse ging und von der auch wir in der Morgenausgabe Notiz genommen haben, hatten gestern Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen stattgefunden. Die Wiedergabe dieser Nachricht in der „Vossischen Zeitung" ließ den Schluß zu, daß die Beratungen des Kanzlers mit den Führern der Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten gemeinsam stattgefunden hätten und auf die Erzielung eines Kompromisses in der Steuerfrage gerichtet gewesen seien.

Der „Vorwärts" bestreitet, daß eine solche Beratung stattgefunden hat. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen haben einzeln im Reichsfinanzministerium und in der Reichskanzlei vorgesprochen, um mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichskanzler den Stand der Dinge zu erörtern. Hermes und Dr. Wirth haben dabei allerdings das Bestreben gezeigt, zwischen den Parteien, auf die sich die Regierung stützt, eine Verständigung über die Steuerreform zu erreichen. „Aber Verhandlungen, schreibt der „Vorwärts", in denen sich auch nur ein Weg gezeigt hätte, das angestrebte Ziel zu erreichen, haben nicht stattgefunden. Man kann eher sagen, daß in diesem Augenblick die Schwierigkeiten größer scheinen denn je."

Das letztere war zu erwarten, denn auch nach unserer Kenntnis zeigen die bürgerlichen Parteien keinerlei Neigung zur Rücksichtnahme auf die überaus ernste innen- und außenpolitische Situation durch die rücksichtslose Erfassung des Besitzes.

Die gestohlenen Akten

Kerkhoff hat Glück

Der „Vorwärts" schreibt: „Aus Elberfeld kommt eine sehr überraschende Nachricht. Dort ist nächtlicherweile bei einer Abteilung der Staatsanwaltschaft eingebrochen und sämtliche Akten laufender Strafsachen gestohlen worden, die sich gegen Angeklagte mit dem Anfangsbuchstaben K richteten. Die Akten sind durch den Kohlenkeller ins Freie geschleppt und dann in die Wupper geworfen worden. Ebenso wurde mit sämtlichen zugehörigen Registern und Kalendern aufgeräumt. Man nimmt an, daß ein bestimmtes Schriftstück gesucht wurde, daß aber die Diebe, da sie es so schnell nicht finden konnten, sich entschlossen, alle Akten mitzunehmen. Der Polizei ist es gelungen, einen geringen Teil der Akten wieder aufzufinden.

Durch diesen Vorgang werden manche Leute, die das Glück haben, den Anfangsbuchstaben K zu führen, begreiflicherweise in freudige Stimmung versetzt werden. Wenn wir uns nicht irren, war eine Zeitlang in Elberfeld auch ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Kerkhoff anhängig, der ja schon einmal den Glücksfall verzeichnen konnte, daß aus seinen Steuerakten beim Finanzamt besonders wichtige Stücke spurlos verschwunden waren. Hoffentlich sind diesmal wenigstens seine Akten gerettet worden."

Der „Vorwärts" hat recht. Es schwebt ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Kerkhoff. Es „schwebt" seit fast zwei Jahren! Es ist auch richtig, daß schon einmal die wichtigsten Herrn van Kerkhoff belastenden Steuerakten gestohlen sind!

Selbstverständlich ist der jetzige Diebstahl der K-Akten genau so Zufall wie der frühere Diebstahl der Aktenstücke, die über die Steuerhinterziehung des Herrn van Kerkhoff Auskunft gaben. Deutschnationale Abgeordnete sind eben mehr vom Glück begünstigt als der Zentrumsabgeordnete Erzberger, besonders dann, wenn eine innige Freundschaft sie mit dem Abgeordneten Helfferich verbindet.

Republikanisches

Wie der Justizminister die Verfassung der Republik achtet

Wir leben in einer Republik. In der Weimarer Verfassung steht der Satz, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Tatsächlich haben wir die Republik nur dem Namen nach und die betreffende Verfassungsbestimmung gilt nicht für den Adel, die Militaristen (siehe die Behandlung Ludendorffs vor dem Reichsgericht) und die Mitglieder der Familie Hohenzollern. Man wird uns entgegenhalten, daß Verfehlungen einzelner Beamter nicht zu verallgemeinern seien. Zugegeben. Etwas anderes ist es aber doch, wenn ein Minister der Republik ausdrücklich bestätigt, daß einer früheren Prinzessin gegenüber eine andere Behandlung notwendig ist als in anderen Fällen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um folgendes:

Landgerichtsrat Westphal hatte im Dezember vorigen Jahres in einem Ehescheidungsverfahren einer Offiziersfamilie die Frau des Prinzen Eitel Friedrich auf dem Landgericht in Potsdam zu vernehmen. Der Gerichtsrat Westphal forderte seinen ständigen Protokollführer, Kanzleiassistenten Kelch, auf, **bei Erscheinen der Prinzessin das Zimmer zu verlassen und den Referendar Graf v. Gröben als Protokollführer zu rufen.** Die Kanzleibeamten des Landgerichts beschwerten sich über diesen Vorfall beim preußischen Justizminister. Landgerichtsrat Westphal beantragte daraufhin gegen sich selbst die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Nunmehr ist dem Landgerichtsrat vom Justizminister mitgeteilt worden, **daß sein Verhalten gutgeheißen werde, als er statt des Subalternbeamten für die Prinzessin einen adligen Protokollführer hinzugezogen hatte und das Disziplinarverfahren deshalb gegen ihn eingestellt ist.** Landgerichtsrat Westphal hat wieder den Vorsitz am Potsdamer Schöffengericht übernommen.

Dieser Vorfall klingt zwar unglaublich, aber es ist leider nicht zu bezweifeln, daß es sich so verhält. Man prüfe danach, ob in den einleitenden Sätzen dieser Notiz zu hart geurteilt ist. Nach dieser Leistung des Herrn Dr. Am Zehnhoff wäre er eigentlich reif für die Strafbestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik, das zu seinem Glück noch im Zustande der Erwägungen verharrt. Aber im Ernst: Was soll man zu einer Republik sagen, deren Justizminister ganz offen gegen eine der Grundbestimmungen der Verfassung verstößt und der natürlich ruhig weiter im Amte verbleibt, sich selber sicher nicht das geringste dabei denkt und von keiner Seite einen Rüffel zu gewärtigen hat? In dieser Frage enthüllt sich das ganze Elend unseres inneren Verwaltungslebens, das vom Geist der Republik und der Demokratie auch nicht einen Hauch verspürt. Vielleicht halten die Ministerkollegen des biederen Zentrumsmannes, die Rechtssozialisten Severing, Siering und Braun ihm ein kleines Privatissimum über die Pflichten des neuen Staatsbeamten. Unsere Genossen von der preußischen Landtagsfraktion müssen jedenfalls den Herrn Justizminister zur Rede und Antwort über seine verfassungswidrige Handlungsweise zwingen. Auf die Begründung sind wir neugierig.

Mittelalterliches aus Baden

Am badischen Oberrhein im Amtsstädtchen Waldshut sind im Gefängnishofe am 30. Dezember zwei Raubmörder wegen dreifachen Verbrechens hingerichtet worden, die schon am 7. August zum Tode verurteilt waren. Es fand dort die letzte Hinrichtung vor 70 Jahren statt. Unter dem alten Großherzog Friedrich ist lange Zeit der Scharfrichterberuf außer Tätigkeit gesetzt worden. Heute, unter der Republik, wird wieder gerufen, und die Parteipresse des katholischen Staats- und Finanzministers Trunk bringt über diese amtliche Bluttat einen Bericht, bei dessen Kenntnisnahme man an die öffentlichen Scharfrichtervorstellungen alter Zeiten erinnert wird. Als Charakteristikum sei nur der Satz herausgenommen:

„Beide Verurteilte hielten in der Hand das vom obersten Geistlichen der evangelischen Landeskirche, dem Prälaten in Karlsruhe, gestiftete Kruzifix."

Es wird schließlich vor dem trüben Bild menschlicher Verkommenheit gesprochen, das dieser Prozeß aufrollte. Daß der im Krieg durch fünf Jahre verübte Massenmord, der die niedrigen Instinkte der Menschen zur vollsten Entfaltung brachte, auf die Verkommenheit dieser Raubmörder nicht ohne Einfluß war, ist unerwähnt geblieben.

Wie Horthy amnestierte

Budapest, 5. Januar. (Intel.)

„Nepszava", das Organ der Sozialdemokratischen Partei, schreibt, daß in den ersten Tagen nach Verkündigung der Amnestie mitgeteilt wurde, eine Anzahl Verurteilter sei freigelassen worden. Seitdem hat man nicht einmal gehört, daß auch nur die bis zu fünf Jahren Verurteilten entlastet worden sind. Allerdings haben die ungarischen Gefängnis- und Justizbehörden eine intensive „Amnestierungs"-Tätigkeit entfaltet. Seit der Amnestierung wurden sämtliche karlistischen Führer, die an dem Königsputsch beteiligt waren, in Freiheit gesetzt. Attila Rumbolt, der wegen der Ermordung eines Polizisten zum Tode verurteilt und dann begnadigt wurde, wurde entlastet. Er ist Mitglied des Detachements Hejas. Entlassen wurde ferner Ladislaus Illy, der wegen Totschlag und Plünderungen zu 15 Jahren Kerker verurteilt war. Er ist Mitglied des Detachements Pronay. Ferner Ladislaus Tonsuckan, wegen Raubes und Plünderung zu 15 Jahren Kerker verurteilt, Mitglied des Detachements Hejas. — Von den 1600 politischen Gefangenen, die im Internierungslager Kala Egerszeg festgehalten werden, ist noch kein einziger freigelassen worden. Am Dienstag berichtete in der Nationalversammlung ein Abgeordneter, daß in diesem Lager auch 65 Kinder, die das sechste Lebensjahr kaum überschritten haben, interniert sind. Daß die Regierung die Institution der Internierungslager beizubehalten gedenkt, zeigt, daß sie in diesen Tagen in dem Lager eine feste Kirche aus Mauern erbauen ließ. Ferner wurde in der Nationalversammlung berichtet, daß sich täglich 20 000 Personen bei der Polizei melden müssen.

Der Kampf gegen den Hunger

Amerikanische Getreidelieferungen für Rußland

(Intel.) **Moskau, 4. Januar.**

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wurde von der American Relief Administration von der bevorstehenden Ankunft einer großen Sendung Lebensmittel für die Hungernden des Wolgagebietes verständigt. Ende Dezember haben fünf Dampfer mit 40 000 Tonnen Getreide, unter denen sich auch 1 Million Pud Staatsgetreide befindet, den Hafen von New York verlassen. Ihre Ankunft in russischen Häfen wird anfangs Februar erwartet. Das Volkskommissariat für Verkehrswesen hat die Verpflichtung übernommen, den Abtransport dieser Lebensmittelsendungen auf schnellstem Wege durchzuführen.

Die internationale Hilfsaktion für Rußland

Mailand, 5. Januar.

Der Gemeinderat von Verona hat für die Hungernden Rußlands die Summe von 10 000 Lire bewilligt.

Luxemburg, 5. Januar.

Die Kammer hat auf Antrag der Regierung einstimmig beschlossen, für das russische Hilfswerk 100 000 Francs zur Verfügung zu stellen.

Der Gründer des deutschen Ostmarkenvereins gestorben. Der Rittergutsbesitzer von Tiedeman-Seeheim ist im 79. Lebensjahr in Berlin gestorben. Als Gründer des deutschen Ostmarkenvereins hat der Verstorbene viel dazu beigetragen, jene verhängnisvolle und für Deutschlands Interessen so ungeheuer schädliche Polenpolitik in den Ostmarken ins Leben zu rufen, die die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk jahrzehntelang vergiftet haben. Die schwungvollen Nachrufe, die die deutschnationale Presse dem Verstorbenen widmen, der als großer deutscher Patriot gefeiert wird, sind ein neuerer Beweis dafür, daß diese Kreise nichts gelernt — und alles vergessen haben.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags wird in der nächsten Woche zusammentreten, um den Bericht Dr. Rathenaus über die Verhandlungen in Cannes entgegenzunehmen. Auf Wunsch des Kanzlers soll sich hieran eine Aussprache über die allgemeine politische Lage und die Steuerpolitik des Reiches anschließen.

Das neue Beamtendisziplinarrecht und die übrigen Gebiete des Reichsbeamtenrechts sind im wesentlichen fertiggestellt. Der neue Minister des Innern hat aber verfügt, daß eine endgültige Fassung erst erfolgen soll, wenn der Reichstag das ihm seit einem halben Jahre vorliegende Beamtenvertretungsgesetz verabschiedet hat.

Die Herkunft des Menschengeschlechtes

Neues vom Stammbaum des Menschen

Von Paul Krische

Am 24. Februar 1921 waren 50 Jahre verflossen seit der Veröffentlichung des Werkes von Darwin „Die Abstammung des Menschen und die Zuchtwahl in geschlechtlicher Beziehung". Man kann sich heute kaum eine Vorstellung davon machen, wie sehr die Oeffentlichkeit durch die neue Abstammungslehre beschäftigt wurde, die hauptsächlich in der einen Folgerung heiß umstritten wurde, daß der Mensch vom Affen abstamme. Mittlerweile hat man sich beruhigt und heute wendet sich kaum ein ernsthafter Wissenschaftler gegen die Einreihung des Menschen in den natürlichen Entwicklungsgang aller Lebewesen.

An diesem Grundsatze haben die Forschungen des nun verflossenen Halbjahrhunderts kaum etwas geändert, wohl aber sind durch die überall ermittelten fossilen Funde (Knochenfunde älterer Zeit von ausgestorbenen Tieren), die Auffassungen über den Stammbaum des Menschen wesentlich geändert worden. Diese fossilen Reste sind allerdings immer noch außerordentlich lückenhaft. Einen reichen Untersuchungsstoff bilden hauptsächlich die Stammbäume der Pferde, Elefanten, Seekühe. Doch selbst bei diesen vollkommensten Stammreihen, kann man die Vorgeschichte kaum bis zum Beginn der Tertiärzeit hinaufführen.

Bei der Frage der Herkunft des Menschengeschlechtes unterscheidet man aus praktischen Gründen 3 Abschnitte. Der erste enthält die wirbellosen Vorfahren und die noch unentwickelten Wirbeltiere bis zum Uebergang des Tierlebens vom Wasser auf das Land, also bis zur Herausbildung der landbewohnenden Vierfüßler. Der zweite Abschnitt umfaßt die Entwicklung von der Herausbildung des Säugers aus den niederen Vierfüßlern bis zum Vormenschen oder Vormenschenaffen. Der dritte Abschnitt umfaßt die Entwicklung von der mittleren Tertiärzeit bis zum heutigen Standpunkt.

Ueber die für den menschlichen Stammbaum besonders wichtige Entwicklung im 2. Abschnitt berichtet in der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften" E. Steinmann-Bonn in Heft 8, das in verschiedenen Abhandlungen den derzeitigen Stand der Abstammungslehre darstellt.

Zum ersten Mal versuchte vor etwas über 50 Jahren Haeckel den Stammbaum des Menschen zu kennzeichnen. Er ging von der Voraussetzung aus, daß die Vorfahren des Menschen ähnliche Entwicklungsstufen durchlaufen haben, wie sie heute noch bei den verschiedenen Tierformen zu beobachten sind. Er stellte dann als Stammbaum auf: Amphibien (Molche, Frösche), Reptilien (Eidechsen, Schlangen, Schildkröten), Monotremen (Schnabeltiere, Ameisenigel), Beuteltiere, Insektenfresser, Halbaffen, Westaffen, Hundsaffen, Menschenaffen, Mensch. Von einigen Forschern wird dieser Stammbaum heute noch vertreten, auch die verbreiteten volkstümlichen Darstellungen, wie die von Bölsche in der Kosmos-Sammlung, arbeiten in dieser das allgemeine Verständnis erleichternden Richtung. Von der Mehrzahl der Fachmänner wird sie dagegen wegen verschiedener grundsätzlicher Anfechtbarkeiten abgelehnt. Die ablehnende Stellung wird vor allen Dingen begründet durch die fossilen Funde.

Eine Abweichung von diesem Stammbaum ist namentlich durch den neuesten Forscher der fossilen Funde, Professor Abel-Wien, begründet worden, der sowohl das Schnabeltier als auch die Beuteltiere nicht zur direkten Ahnenreihe der entwickelten Säugetiere (plazentale Säuger) rechnet. Die seltenen Vertreter der Monotremen (Schnabeltier und Ameisenigel) sind offenbar verkümmerte Seitenzweige der Entwicklung mit ausgehender Daseinskraft, dem Aussterben überantwortet. Auch die Beuteltiere, die zweifellos eine der alten Gruppen der Säugetiere sind, bilden kaum die erste einfachste Form der Vorstufe der Säugetiere. Nach den neueren Untersuchungen über das Gebiß der Beuteltiere steht soviel fest, daß sie und die höheren Säugetiere sehr scharf von einander getrennt sind. Auch der bekannte, kürzlich verstorbene Forscher Klaatsch will aus verschiedenen Gründen nicht nur die höheren Menschenaffen, sondern auch die Halbaffen aus der Vorfahrenreihe der Menschen ausschalten, ebenso Abel die Halbaffen und die Westaffen.

In großen Zügen ist die Entwicklung der Tierformen so vorgegangen, daß in dem mittleren geologischen Zeitalter, der Permzeit, sich die landbewohnenden Reptilien in zahlreichen Arten mit deutlicher Hinneigung zum Säugetier entwickelten. Die Funde der folgenden Jura-Kreide-Zeit bringen leider nur überaus spärliche Urkunden von Säugetieren, und zwar von solchen, die Beuteltieren und Insektenfressern nahestehen. Erst mit der neueren Zeit des Tertiärs beginnt dann die Entwicklung der Säugetiere und man nahm früher an, daß diese unter explosionsartiger Zerspaltung des Säugerstammes gegen Ende der Kreide oder zu Beginn der Tertiärzeit stattgefunden habe. Die neueren Funde lassen darauf schließen, daß die Spaltungen in die verschiedenen Säugerstämme in viel frühere Zeiten, wahrscheinlich sogar auf eine Zeit vor der mittleren geologischen Epoche der Permzeit zurückzuführen ist, also in jene Zeit der Entwicklung der Reptilien. Die Reptilien, aus denen sich wahrscheinlich die Säugetiere herleiten, sind große, schwanzlose, plumpe Reptilien (Eidechsen), mit einer Art Raubtierschädel, Theoriedonten genannt. Am deutlichsten zeigt die Säugermerkmale die Unterordnung der Therocephalier, Tiere vom Aussehen und der Lebensart der Raubsäuger. Die Ordnung der Theriodonten bildet mit ihren Unterordnungen eine sogenannte Stammgarbe, deren einzelne Vertreter die Stammbäume verschiedener Arten der Halbaffen, Beuteltiere, Nagetiere sind. In der 3. Unterordnung Dinocephalia sieht Steinmann die Ahnenform des Menschen bei einer Gattung, die bereits eine stark verkürzte Schnauze zeigt, gleichartige Zähne, runde, kreisförmige Augenhöhlen, eine Kinnplatte und einen Unterkiefer nach Art der Menschenaffen hat. So steht man auf dem Standpunkt, daß ein geschlossener Stammbaum, eine direkte Ahnenreihe vom Menschen bis zu einer Unterordnung der Reptilien ohne den Umweg über irgendeine andere Säugetiergruppe, auch nicht über die Insektenfresser, festzustellen ist.

Als im geologischen Mittelalter der Erde zu Beginn der Permzeit die früher überwiegend im Wasser lebenden Amphibien dauernden Aufenthalt auf dem trockenen Lande nahmen, bewirkte die Aenderung der Lebensbedingungen eine außerordentliche Veränderung und regte die Entwicklung an. Durch die Nahrungsaufnahme an Büschen und niederen Bäumen wurde allmählich die aufrechte Haltung und dann die aufrechte Stellung der Gesichts-, Hör- und Tastsinne besonders entwickelt. Es führte dann weiter die überwiegend kletternde Lebensweise im Hochwald zum Menschenaffen, die Fortbewegung im Buschwald oder Steppe zum Menschen.

Die Funde der ersten Ahnenform, der Vorfahren aller höheren Säuger, der Raubtiere, Nager, Huftiere, sind ausschließlich in Südafrika gemacht worden. Aus dem zu jener Zeit noch über den Stillen Ozean sich erstreckenden Erdteil, dem sogenannten Gondwanafestland, erfolgten während der Tertiärzeit nach dem nordamerikanischen Westen und von dort nach Europa und Westasien und in der jüngeren und mittleren Tertiärzeit nach Indien und Ostasien, Europa und Nordafrika verschiedene Einwanderungen. Als Stammland der Vorfahren der höheren Säuger, mithin auch des Menschen, wird darum von Steinmann die in der Gegend des nördlichen Stillen Ozeans gelegene Festlandmasse des geologischen Mittelalters betrachtet.

Im großen Dunkel. Durch die Sommernacht zu Rad auf der Landstraße. Im Rücken weltweit graue Finsternis. Unten aber am Vorderrad gräbt ihren Lichtkegel ins drohende Schwarz hinein die tapfere Lampe, immerfort, zielzu.

Vorüber an den Wegmalen gefallener Krieger, gestürzter Wanderer, vorüber an einer großen Fabrik (Räder und Riemen tot und starr), vorüber an einem scheu schreitenden Menschen, beide ohne Gruß, mißtrauisch, herzlos — warum, o Bruder? In den Tod gehst du vielleicht, ein Strom rauscht nahe, ein aufmunterndes Wort von mir und du wolltest weiter leben und Gutes wirken.

Irgendwo Licht in einem Fenster. Ein krankes Kind? Eine harrende Mutter? Ein Student? Ein Dichter? Oder ein junges Mädchen beugt sich und horcht in das Schweigen, sieht mein kleines Licht im Dunkel und schaut erschauernd das tiefere Bild: Sehnsucht und Liebe, Wille und Wagnis, alles Lebendige

Arbeitslosigkeit und internationale Politik

Die englischen Arbeiter und die Revision des Friedens von Versailles

Am 8. Dezember tagte in London die Notkonferenz über die **Arbeitslosigkeit in ihrer Beziehung zur auswärtigen Politik**, die von der Nationalen Arbeitsgemeinschaft des Englischen Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeiterpartei einberufen worden war.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, R. B. Walker, führte aus, daß die drei Jahre zurückliegenden **Erklärungen der Arbeiterpartei über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Friedensvertrages von Versailles** jetzt von den Zeitungen und Wortführern der Regierung als neue Entdeckungen ausposaunt würden, die niemand habe voraussehen können. Brailsford habe mit Recht behauptet, die Hauptursache der Arbeitslosigkeit sei der Versuch, Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Die Forderung nach Reparationen, die eine fieberhafte Aktivität in den deutschen Fabriken und Stagnation in England hervorgerufen habe, müsse aufgegeben werden. Außerdem müsse die Regierung sofort energische Maßnahmen ergreifen, um der Hungersnot in Rußland zu steuern. Die Deckung des Bedarfs des russischen Volkes könne Europa für eine erhebliche Zeit Arbeit verschaffen.

Die der Versammlung vorgelegte Resolution forderte:

Wiederherstellung des Handels mit Rußland, Maßnahmen zur Stabilisierung der Valuta durch Beseitigung der künstlichen, politischen Fesseln für den internationalen Handel; Gewährung von Kredit oder einer internationalen Anleihe zur Wiederherstellung der Produktion in Europa; Revision der territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, sowie Revision der Reparationsverpflichtungen; endlich gegenseitige Annullierung der Kriegsschulden der Siegerstaaten.

Zu dieser Resolution wurden Verbesserungsanträge gestellt, von denen Henderson nur einen Antrag zur Anerkennung der russischen Regierung zur Annahme empfahl. Die allgemeine Politik der Arbeiterpartei in der Frage der Arbeitslosigkeit sei bereits festgelegt, es handele sich bei diesem Kongreß nur um den Zusammenhang von auswärtiger Politik und Arbeitslosigkeit.

Von den organisierten Arbeitslosen wurde an dieser Auffassung schärfste Kritik geübt. Sie vertraten ihre Forderung: **entweder Arbeit oder voller Ersatz für den Arbeitslohn**; ehe diese Forderungen nicht erfüllt seien, dürften keine Zinsen von der nationalen Schuld bezahlt werden. Die Gewerkschaften tragen die Verantwortung für die Lage der Arbeitslosen.

Es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen. Die Abstimmung ergab, daß eine starke Opposition vorhanden war. Doch wurde die Anbringung von Verbesserungsanträgen mit 141 gegen 166 Stimmen verworfen.

Ramsay Mac Donald erinnerte, daß die Arbeiter an der jetzigen Lage mitschuldig seien. Wenn nicht soviele Arbeiter 1918 für die Koalition gestimmt hätten, so wäre die russische Regierung anerkannt und der Handel mit Rußland stünde in voller Blüte.

Trotz der leidenschaftlichen Debatte wurde die Resolution so gut wie einstimmig angenommen.

•

In und außerhalb der Konferenz hat die Resolution scharfe Kritik erfahren. Es wurde bestritten, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland der englischen Arbeitslosigkeit abhelfen könne; außer der englischen Industrie käme noch die Industrie anderer Länder als Lieferanten in Frage.

„Justice" nennt die Resolution eine „Mischung von Freihändlerischen Gedanken, prodeutscher Gesinnung und Sympathie für Sowjetrußland". Die Wiederherstellung der englischen Landwirtschaft sei der Weg zur Lösung der Arbeitslosenfrage. Von anderer Seite wurde betont, daß die Abkehr von der Agrarpolitik, die die Regierung während des Krieges befolgte, als die Arbeiterpartei im Kabinett vertreten war, die Zahl der Arbeitslosen vermehrt und das Land dicht vor den Bankrott geführt habe. Auch Shinwell hat auf der Konferenz die Auffassung vertreten, daß nur die Hebung der heimischen Produktion und Konsumtion die Arbeitslosigkeit beheben könne.

Der „Daily Herald" begrüßt die Resolution, „aber wir müssen zugeben", fährt er fort, „daß unser Reden und unsere Resolutionen an den Verhältnissen kaum etwas ändern. Wir werden uns von der Arbeitslosigkeit bloß befreien, wenn **die Grundlagen unserer Gesellschaft** verändert sind. Bei den nächsten Wahlen müssen deshalb die Arbeiter die jetzige parlamentarische Mehrheit beseitigen".

Die Entwaffnung Deutschlands

Der Wille der Arbeiter — die einzige Garantie

Wir berichteten bereits mehrfach über die Eindrücke, die die Delegierten verschiedener ausländischer Arbeiterorganisationen bei ihrer auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgenommenen Besichtigung der früheren deutschen Waffenfabriken gewonnen hatten. Aus den Berichten der französischen Delegierten, die ohne jede nationale Voreingenommenheit abgefaßt worden sind, entnehmen wir folgende Ausführungen des Genossen Jouhaux, des Vorsitzenden des französischen Gewerkschaftsbundes:

Wir halten es nicht für möglich, daß die ehemaligen Fabriken für Kriegsbedarf in ihrem jetzigen Zustand und ohne sie einem schwierigen und langwierigen Umwandlungsprozeß auszusetzen, die frühere Produktion wieder aufnehmen könnten. Man kann verkünden daß der Weltkrieg gezeigt habe, mit welcher Leichtigkeit die Metallindustrie und die chemische Industrie im Stande sind, die Armeen zu „versorgen". Aber das heißt andrerseits vergessen, daß dies immer noch eine gewisse Frist voraussetzt und sich nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten bewerkstelligen ließe. Jedenfalls müßte, wenn diese These richtig wäre, daraus schlechthin der Schluß gezogen werden, daß man, um Deutschland zu entwaffnen seine ganze Großindustrie vernichten müsse. Nehmen wir einen Augenblick an, daß das durchführbar wäre, dann stellt sich sogleich auch die Frage: wie soll ein seiner Arbeitsmöglichkeiten beraubtes Deutschland in diesem Falle seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen?

Die eine feste Ueberzeugung haben alle jene, die an dem Besuch teilgenommen haben, mitgenommen — und es würde nichts nützen, sie verbergen zu wollen —: daß die materiellen Maßnahmen der interalliierten Militärkommission, so kraftvoll sie auch sein mögen, keine wirkliche Garantie bieten. Man hat zerschlagen und zertrümmert; man hat die Ausrüstung der ehemaligen Kriegswerkstätten demoliert. Das Schauspiel, das sich uns darbot, war oft schmerzlich. Die Welt ist derzeit nicht reich genug an Produktionsmitteln, als daß man sich gestatten dürfte, ein Vergnügen über das Schauspiel zu empfinden, wie kunstvolle Maschinen mit Hammerschlägen zerstört werden, um schließlich zum alten Eisen geworfen zu werden.

Aber wenn alles dies noch wenigstens eine Garantie, eine Sicherstellung wäre! Das läßt sich aber in Wahrheit kaum behaupten. Man kann nicht anders als erklären, daß alle diese Maßnahmen keinerlei Sicherheit versprechen. Und man kann wieder einmal den Irrtum einer Politik ermessen, die auf die Vernichtung Deutschlands abzielte und dabei nur die materielle Seite im Auge hatte, die für das Problem an sich von weniger wichtiger und vorübergehender Art ist, während sie die soziale und moralische Seite unbeachtet ließ. **Das ist ein unleugbarer Bankerott dieser Politik.**

Wenn unser Besuch in den ehemaligen Kriegsbetrieben uns etwas gelehrt hat — und man hätte blind sein müssen, um nicht Lehren daraus zu schöpfen — so ist es dieses: daß die sicherste und einzige Gewähr für eine Entwaffnung des Reiches der Wille der Arbeiter ist, den Frieden zu erhalten und die erneute Bewaffnung Deutschlands zu verhüten, die nur den reaktionären Elementen neue Kräfte geben würde."

Die Schlußfolgerungen des Genossen Jouhaux decken sich mit den Ausführungen, die kürzlich der Genosse Grumbach in seinem „Offenen Brief an den Abgeordneten Lefèvre" im „Populaire", unserem französischen Bruderorgan, machte. Der Wille der deutschen Arbeiterklasse, den Frieden zu erhalten und die erneute Bewaffnung Deutschlands zu verhüten, ist die einzige Gewähr des Friedens ist die einzige Basis, auf der sich eine Annäherung des deutschen und französischen Volkes vollziehen kann. Dieser Wille allein bietet unseren französischen Genossen die Möglichkeit, in ihrem Lande gegen den Militarismus zu kämpfen und jene brutalen völkervernichtenden Methoden zu beseitigen, mit denen der französische Nationalismus gegen Deutschland kämpft.

Der neue Stadtverordnetenvorsteher

In der heutigen ersten Sitzung des neuen Jahres muß die Stadtverordnetenversammlung entsprechend ihrer Geschäftsordnung die Neuwahl ihres Vorstandes vornehmen. Die Erkenntnis, daß die Vergewaltigung der Sozialisten, die bei der letzten Wahl im November durch das geschlossene Eintreten der bürgerlichen Parteien für den Volksparteiler Dr. Caspari vor sich ging, eine unhaltbare Situation geschaffen hat, hat sich jetzt selbst in den Kreisen der Bürgerlichen Bahn gebrochen.

Ihr Vermittlungsvorschlag, die Wahl von zwei gleichberechtigten Vorstehern vorzunehmen, hat aber die Zustimmung der sozialistischen Parteien nicht gefunden. Sie fordern erneut Anerkennung des Rechtes der stärksten Fraktion auf den Vorsteherposten und werden demzufolge geschlossen für den Kandidaten der Rechtssozialisten, Franz Krüger, eintreten.

Die Parteien der Rechten stellen wieder Dr. Caspari auf. Seine Wahl ist aber kaum so sicher wie voriges Mal, weil anscheinend wenigstens ein Teil der Demokraten sich jetzt zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß seine Wiederwahl die denkbar schärfste Gefährdung des ruhigen Verlaufs der Stadtverordnetenversammlungen sein wird. Nachdem gestern bereits die „Vossische Zeitung" von der demokratischen Fraktion verlangt hat, sie solle für die Besetzung des Vorsteherpostens durch die stärkste Fraktion eintreten, schreibt heute das „Berliner Tageblatt":

„Wir unserseits möchten nicht den mindesten Zweifel daran lassen, daß wir, nachdem die auch von uns befürwortete Lösung der Wahl zweier gleichberechtigter Vorsteher, eines sozialistischen und eines nichtsozialistischen, anscheinend gescheitert ist, den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion, der stärksten Partei, den Vorsteher zu stellen, für vollkommen gerechtfertigt halten. Da die Demokraten, wie sie des öfteren betont haben, davon überzeugt sind, daß eine erfolgreiche Führung der Stadtgeschäfte nur in Gemeinschaft mit den Mehrheitssozialisten möglich ist, wäre es eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges, wenn sie durch Ablehnung dieses gerechten Anspruchs die stärkste Fraktion des Stadtparlaments vor den Kopf stoßen würden. Die Personenfrage tritt demgegenüber in den Hintergrund. Wir wenigstens sehen nicht ein, was den Deutschnationalen Dr. Caspari für diesen Posten geeigneter macht als den Mehrheitssozialisten Franz Krüger. Wir hoffen deshalb, daß die Demokraten dem Sirenengesang der Rechtsblätter, die gestern abend über die demokratischen Stimmen bereits verfügen zu können glauben, nicht folgen werden."

Ob die Demokraten nun auch nach dieser Erkenntnis handeln werden, wird ja die heutige Stadtverordnetenversammlung zeigen. Auf der demokratischen Fraktion ruht jedenfalls die Verantwortung für die evtl. Zuspitzung der Verhältnisse in der Gemeinde Berlin.

Eine falsche Wahl

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Stadtbaurat a. D. Elkart zum Generaldirektor für Städtebau und Siedlungswesen gewählt. Baurat Elkart war bis zum Inkrafttreten der neuen Stadtgemeinde Berlin Stadtbaurat in Spandau. Nach der Eingemeindung trat er als Direktor in die Dienste der Märkischen Heimstätten-Gesellschaft für die er in der Provinz Brandenburg ländliche- und Kleinhaussiedlungen anlegte.

Der Kandidat der sozialistischen Parteien, Dr. Gutkind, ist demnach bei der Wahl unterlegen. Wie dieses Resultat zustande gekommen ist, wird noch des näheren zu erörtern sein. Dann werden wir auch eine kritische Betrachtung all der Vorgänge, die zur Verhinderung der Wahl Gutkinds geführt haben, des näheren beleuchten.

Schon heute aber sei zu der Person des neuen Siedlungsdirektors gesagt, daß die Arbeiter ihm mit großem Mißtrauen gegenüberstehen. Dazu gibt nicht nur Veranlassung ein Punkt seines persönlichen Verhaltens, auf den wir früher bereits hingewiesen haben, und der unseres Erachtens vollkommen ausreichend hätte sein müssen, seine Wahl zu unterlassen, sondern mehr noch die Tatsache, daß er den Ruf eines Gegners der Gemeinwirtschaft genießt.

Die Stadtverordnetenversammlung aber hat sich am 10. Mai des vergangenen Jahres durch die Annahme des Antrages der sozialistischen Parteien zur Wohnungsfrage auf den Boden der gemeinwirtschaftlichen Regelung gestellt. Wir verlangen, was ja eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit ist, daß diesem Beschlusse entsprochen wird, und lassen keinen Zweifel darüber, daß weder die sozialistischen Parteien noch die freien Gewerkschaften gewillt sind, von der Ausführung dieses Programms irgendwie Abstand zu nehmen.

Ein republikanischer Lehrerbund

In Erkenntnis der Gefahren, die der Republik von innen und außen drohen, und angesichts der Notwendigkeit, durch die Schulen ein neues, mit republikanischem Geist erfülltes Geschlecht heranzubilden, haben sich in Freiburg i. Br. Männer und Frauen des Lehrerberufes zu einem Republikanischen Lehrerbund an Volks-, Mittel- und Hochschulen zusammengeschlossen. Der Bund will u. a. jeder an der Schule sich irgendwo, gegen die demokratische Republik gerichteten Propaganda entgegentreten. Auch wird er Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnisse zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren. In den Satzungen heißt es bezeichnenderweise, die Mitglieder sollen „vor der Aufnahme darauf hingewiesen werden, daß sie durch Eintritt in den republikanischen Lehrerbund ihre berufliche und gesellschaftliche Stellung beeinträchtigen können" (!) Pflicht der Mitglieder ist u. a.: „Im privaten Leben wahrhaft demokratisches, für die Schüler beispielgebendes Auftreten und Handeln unter Nichtachtung aller Klassen- und Standesunterschiede."

In entsprechend gesinnten Berliner Lehrerkreisen wird die Gründung einer Ortsgruppe beabsichtigt, der ein preußischer Landesverband alsbald folgen soll. U. a. ist fürs Erste die Einrichtung einer Rechtsschutzstelle gegen behördliche oder andere Uebergriffe geplant, denen Mitglieder ihrer republikanischen Haltung wegen etwa ausgesetzt sind. Anmeldungen nimmt einstweilen Studienrat Dr. Michaelis, Berlin NO 55, Raabestr. 17.

Kapitalabfindung zum Erwerb eines Gartengrundstückes

Kapitalabfindung ist auch zum Erwerb einer Parzelle zulässig. Diese bemerkenswerte Entscheidung hat das Reichsarbeitsministerium neuerdings getroffen. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Gewährung der Kapitalabfindung nicht unter allen Umständen von dem Vorhandensein oder der alsbaldigen Errichtung eines Wohnhauses abhängig zu machen.

Raubüberfall im Laden. Am hellen Tage, vormittags gegen 9 Uhr, wurde der 31 Jahre alte Uhrmacher Jacques Vorspann, als er den neben seiner Wohnung im Hause Rostocker Straße 34 befindlichen Laden geöffnet hatte, von zwei Männern überfallen. Während der eine den Vorspann mit beiden Händen würgte, schlug der andere mit einem Gummiknüppel auf ihn ein. Obgleich Vorspann mehrere Verletzungen am Kopfe davontrug, gelang es ihm doch sich zu befreien und hinter den Ladentisch zu laufen, wobei er laute Hilferufe ausstieß. In diesem Augenblick erschien die Gattin des Ueberfallenen, und nun ergriffen die beiden Räuber die Flucht. Auf die Hilferufe der Vorspannschen Eheleute nahmen Passanten die Verfolgung der Täter auf, ergriffen sie und übergaben sie der Kriminalpolizei. Der eine von ihnen ist ein 17jähriger Bäckergeselle. — Als in der Nacht die Ehefrau Rosa des Grünkramhändlers Schumann ihre Woh-

---

nichts als ein kleines Licht, tapfer die Bahn sich grabend, frisch aufblitzend, aber immer wieder versinkend im großen Dunkel.

Wien — Josef Luitpold

Karussell (Komödienhaus). Ein Lustspiel von der jüngsten Pariser Theaterberühmtheit, Louis Verneuil, so recht für die neuen Reichen. Vielleicht nicht gleich für die fetten Weiber hinter mir, die sich im Glanze ihrer Perlenkolliers in der Pause gegenseitig „Backpfeifen" (wörtlich!) anboten, während ihre Gatten im Smoking den Streit mehr politisch führten, etwa: „Im Ausland können Sie sich so benehmen, aber nicht bei uns." Also jedenfalls für diesen Ausschuß der Großverdiener hat Verneuil nicht geschrieben, aber — er ist ihr Mann. Denn das Schicksal ist in seinem Stück die Börse. Für drei Akte braucht er mit großem Geschick nur drei Personen, von denen zwei die Liebhaber einer Kokotte Charlotte sind, die, genau so sind bekanntlich die Frauen, stets nur den Armen lieben kann, während sie vom Reichen die Schecks nimmt. Der Wechsel der Beziehungen erfolgt im zweiten Akt. Der bisherige Arme hat auf „Herzgrube" spekuliert und 1½ Millionen gewonnen. Der bisherige Reiche hat auf „Baisse" spekuliert und alles verloren. Der Arme wird nun ein Scheusal, wie es reiche Gatten sind, und der Reiche ein reizender Junge, wie ihn so eine elegante Schlamme liebt.

Wir überlegen uns oft, ob es eigentlich Wert hat, in der Arbeiterpresse über solche Theateraufführungen zu berichten. Ich glaube, an diesem Stück können wir nicht vorbeigehen. An ihren Dichtern erkennt man eine Kultur und an dem „Karussell" unseren heraufgekommenen Börsenmob. Im Französischen hat wohl manches noch Grazie, denn die Sprache macht die Dinge leichter. Im Deutschen ist ein großer Teil des Stückes nur ekelhaft, und es wird mit Recht daher von Rudolf Lothar im Programmbuch des Theaters beanstandet. Die Aufführung bestätigte daß die Orska für humoristische Kokottenrollen wie geschaffen ist, aber selbst in ihnen versagt, sowie sie einen Hauch menschlicher Regungen zu zeigen hat. F. St.

Schüleraufführungen der „Jugendbühne". Zu einer im Dezember v. J. im Alhambra-Theater stattgefundenen Aufführung von Lessings „Minna von Barnhelm" hat die „Jugendbühne" (Arbeitsgemeinschaft von Lehrern und Lehrerinnen für Schüleraufführungen) durch das Berliner Jugendamt einladen lassen.

Es ist überaus erfreulich, wenn sich Lehrer zusammentun, um über ihre Pflichtstunden hinaus für die geistige Entwicklung der Kinder tätig zu sein. Nach den Satzungen der „Jugendbühne" sollen die Zwecke derselben erreicht werden: durch öffentliche Aufführungen der Schüler und Jugendlichen und Veranstaltungen Erwachsener, Berufsschauspieler, Tonkünstler, Lehrer und Lehrerinnen.

Aufführungen von Schülern und Jugendlichen sind bei richtiger Auswahl der Literatur fast immer lobenswert. Die Veranstalter solcher Aufführungen tun immer ein gutes erzieherisches Werk. Eine Organisation durch Zusammenfassung der als Jugendbühnenleiter tätigen Personen ist für die Ausbreitung des Jugendbühnengedankens sicher von großen Nutzen. Daher kann die Jugendbühne als Bundesgenosse im Kampf gegen Schund und Kitsch freudig begrüßt werden.

Skeptischer wird man hingegen sein müssen gegenüber den Berufsaufführungen. Da kann ein Verein schwerlich mit den Theaterorganisationen wetteifern, oder gar Besseres oder Billigeres bieten. Wenn Minna von Barnhelm „Zur Abwehr der Entartung, die sich ausprägt durch Schund in Theaterdarbietungen" gespielt wird, wie es in den Satzungen heißt, so muß das Spiel erstklassig sein! Das war die Lessingvorstellung im Alhambra-Theater nun eben nicht. Manche Schauspieler heben sich nicht über das Theatervereinsniveau. Es ist eben sehr fraglich, ob es möglich ist, für 2.50 Mark materielle Bedingungen für eine gute Theatervorstellung zu schaffen. Wenn das gelingt, um so besser. Um für unsere Kinder aber, das ideale Theaterpublikum, nur hie und da einmal eine billige Schülervorstellung zustande zu bringen, sind die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Hier sind noch Aufgaben für Kultus- und Finanzminister. Bis dahin freilich wird man froh sein, daß Lehrer und Lehrerinnen zur Selbsthilfe greifen und überhaupt etwas tun, sei es auch noch so bescheiden. Georg Kaufmann

Die Herren von und zu . . . (Thalia-Theater). Man weiß nicht, worüber man sich zuerst ärgern soll, ob über die selbst für eine moderne Operette völlig veraltete, unsinnige „Handlung", gedichtet vom Chef des Hauses, Herrn Jean Kren mit Herrn Richard Bars, oder über die durchweg banale Dampfermusik mit Holzklöppeln und Hörnern von Robert Winterberg, oder gar über die plumpen Zoten. Bei der ganzen Mache merkte man nichts anderes als: grobes Geschäft, Geschäft, Geschäft. Auch nicht der geringste Kunstgenuß ist zu verzeichnen, wenn man nicht das groteske Tanzen Siegfried Arnos oder die bäuerische Komik Arnold Rieks dafür nehmen will. Der Beifall war trotzdem groß, die anspruchslosen Besucher jubelten, und der Herr Direktor konnte sich mit süßestem Lächeln hundertmal für die gute Kasse bedanken. A. N.

Die Beisetzung Korolenkos. Der feierlichen Beisetzung Korolenkos in Moskau wohnten gegen 150 000 Personen bei. Das Begräbnis wurde zu einer gewaltigen Demonstration des russischen Volkes für den toten Dichter. Auch die Vertreter der russischen und ukrainischen Sowjetregierung nahmen an der Begräbnisfeier teil. Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee hat der Familie Korolenkos im Namen der Werktätigen Rußlands sein Beileid ausgedrückt und gleichzeitig versprochen, daß die Sowjetregierung alles tun werde, um die Schriften des großen Schriftstellers und Fürsprechers der Bedrückten weiter zu verbreiten.

Tages-Notizen

Die Volksbühne (Theater am Bülowplatz) erhält zahlreiche Anfragen wegen Billetts für Nachmittagsvorstellungen von Ludwig Tiecks „Der gestiefelte Kater", in denen das Stück mit einem Märchen für Kinder verwechselt wird. Es sei deshalb auf diesen Irrtum hingewiesen und bemerkt, daß „Der gestiefelte Kater" trotz seines ironischen Untertitels kein Kindermärchen ist und nur an den Abenden in Verbindung mit Hans Sachs gespielt wird.

Der Ortsausschuß Neukölln für Jugendpflege veranstaltet Mittwoch, 11. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34-38, einen „Lustigen Abend". Karten zu 1 M. sind im Jugendpflegeamt, Rathaus, Zimmer 278, und an der Kasse zu haben.

...ung im Hause Ruppiner Straße 9 aufsuchen wollte, traten ihr in dem dunklen Flur zwei Männer entgegen, streuten ihr pulverisierten Pfeffer in die Augen und entrissen ihr die Handtasche mit 22 500 Mark. Dann liefen sie davon und entkamen.

Ein Opfer des Okkultismus

Das Mysterium eines Selbstmordes

Eine sehr eigenartige Selbstmordaffäre, deren Begleitumstände in das Gebiet des Okkultismus hinüberspielen, hat sich in diesen Tagen in Berlin zugetragen. Am Weihnachtsabend hat sich die 35 Jahre alte Angestellte eines großen Berliner Kaufhauses, Gertrud Müller, genannt Hehling, in der Pfalzburger Straße 14, wo sie bei der Rentiere Frau Daber wohnte, mit Veronal und Morphium vergiftet.

Das „Berliner Tageblatt" erfährt hierzu: Fräulein Müller hatte bis vor etwa einem Jahre im besten Einvernehmen mit ihren Eltern gelebt, bis ihre Mutter an einer schweren Krankheit plötzlich starb. Von dieser Zeit an zog sich die Tochter vom Elternhause gänzlich zurück. Bald hatte sie an eine Berliner okkultistische Vereinigung, deren Lehre sie zu interessieren schien, Anschluß gefunden. Weihnachten 1920 wurde sie zum erstenmal in diese Vereinigung eingeführt. Von dieser Zeit an erwachte in ihr ein außerordentlich hohes Interesse für okkulte Dinge. Fräulein Müller, die als eine sehr fleißige Angestellte galt, sprach jetzt auch viel zu ihren Kolleginnen über Okkultismus. Im vergangenen Herbst schien eine besondere Wandlung in ihr vorzugehen. Sie wurde nachdenklicher und sprach viel von überirdischen Dingen und dem Weiterleben nach dem Tode. Wie es schien, stand sie jetzt ganz unter dem suggestiven Einfluß des ersten Vorsitzenden dieser okkultistischen Vereinigung. Wiederholt sprach Fräulein Müller nun davon, daß ihr Stern abgelaufen sei, und daß sie bald sterben müsse, sie sehne sich deshalb nach dem Tode. Bald verkaufte sie ihre Kleidungsstücke. Am Heiligen Abend erklärte sie, sie würde die Festtage über nach München fahren. Einigen Kolleginnen übergab sie geschlossene Briefumschläge, die, wie es sich später ergab, ihre Smucksachen enthielten, mit dem Bemerken, die Briefe erst nach dem Fest zu öffnen. In Wirklichkeit begab sie sich in ihre Wohnung, um dort ihre Briefschaften zu ordnen. Dann schloß sie sich in ihr Zimmer ein, um sich zu vergiften. Merkwürdigerweise ist es nun ganz verschwiegen geblieben, daß Fräulein Müller nach der Vergiftung noch volle drei Tage gelebt hat, und eine rechtzeitige ärztliche Hilfe hätte Rettung bringen können. Das Zimmer hatte die Selbstmörderin ganz mit frischen Rosen geschmückt und sich ein schwarzweißrotes Gewand angelegt.

Als nun Fräulein Müller gestorben war, erschien unerwartet der Vorsitzende der okkultistischen Vereinigung, um unter Vorlegung eines Schriftstückes sich als Universalerbe zu bezeichnen und das Besitztum der Toten, darunter eine Wohnungseinrichtung, die auf einem Speicher stand, und eine sehr wertvolle Wäscheausstattung, abzuholen. Auch soll er einen größeren Geldbetrag mit der Erbschaft empfangen haben. Ein Versuch, das noch fällige Gehalt der Verstorbenen in Empfang zu nehmen, schlug fehl. Ein Beispiel dafür, wie groß der Einfluß des Vorsitzenden auf die Verstorbene gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß sie, die ehemals politisch scharf nach links orientiert war, schließlich eine deutschnationale Gesinnung annahm.

Gestern nachmittag fand die Einäscherung der Leiche im Krematorium in der Gerichtstraße statt. Eine große Anhängerschaft der Verstorbenen hatte sich in der Kapelle eingefunden. Nachdem ein Geistlicher eine kurze Trauerrede gehalten hatte, erhob sich der Vorsitzende der Vereinigung, um am Sarge seiner Anhängerin zu sprechen. Er schilderte zunächst den Lebensweg der Verstorbenen. Mit erhobener Stimme erklärte er weiter, daß ihre Liebe so weit gegangen sei, daß sie ihn als alleinigen Erben ihres Hab und Guts eingesetzt habe. Jetzt plötzlich kommt es zu einem erregten Zwischenfall. Der anwesende Vater erhebt sich, stürzt sich auf den Redner und ruft mit lauter Stimme: „Ich bin der Vater von dem verstorbenen Mädchen. Sie sind schuld an ihrem Tode, hören Sie auf, hier zu reden." Während die Trauergemeinde unter großer Erregung und Empörung vor der Halle den Vorsitzenden empfangen wollte, war dieser, unbemerkt, durch eine Hintertür verschwunden.

Wenn auch die ganze Affäre, die an den schon viele Jahre zurückliegenden Fall der bekannten Schauspielerinnen Nuscha Butze und Alice von Arnould erinnert, noch stark in Dunkel gehüllt ist, so tritt die Erbschaftsfrage schon jetzt wesentlich in den Vordergrund. Der deutschnationale Okkultistenhäuptling, dessen Namen das „Berliner Tageblatt" leider nicht mitteilt, wird dadurch gewiß nicht sympathischer als die weitaus meisten sonstigen Vertreter der „schwarzen Kunst", von denen es jetzt in Berlin nur so wimmelt. Es ist hoch an der Zeit, dieser Pest zu steuern, die sich allmählich zu einer wahren Volksseuche auswächst, — nicht durch behördlichen Zwang, aber durch systematische Aufklärung.

Feuer auf dem Spandauer Güterbahnhof. Heute morgen gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Spandauer Güte-bahnhof alarmiert, wo aus bisher noch unbekannten Ursachen das Betriebshaus eines Weichenstellers in Brand geraten war. Es gelang den verstärkten Löschzügen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die in der Nähe stehenden, noch unentleerten Güterwagen vor der Vernichtung durch das Feuer zu retten.

Die Unterrichtskurse für Arbeiter" E. V. eröffnen im Januar einige Deutsch- und Rechnenkurse für Anfänger. Dauer 12 Abende, wöchentlich einmal, von 7½ bis 9½ Uhr abends. Hörgebühr beträgt 5 Mark. Anmeldungen werden in den Schullokalen abends von 7 bis 8½ Uhr an den folgenden Tagen entgegengenommen: Montag, 9. Januar, in Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 208—210. Dienstag 10. Januar, in der Gleimstr. 49. Donnerstag, 12. Januar, in der Niederwallstr. 12. Freitag, 13. Januar, in Lichtenberg Rathausstr. 8.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Ein wenig kälter, ziemlich heiter, aber noch veränderlich, mit leichten Schneefällen und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Arbeiterkämpfe in Irland

Der jüngste der freien Staaten ist Irland, der noch politische Flitterwochen feiert. Nach jahrhundertelangen Kämpfen gelang es den Iren, von England loszukommen und die wirtschaftspolitische Autonomie zu erringen. Eine neue Staatsform allein aber bringt dem Proletariat noch keine Erlösung, oft nicht mal eine Erleichterung seiner Lage, wenn dieser Form nicht ein bestimmter Inhalt, wie wir ihn verstehen, gegeben wird. Das sehen wir jetzt wieder einmal an Irland.

Die bürgerliche Revolution hat gesiegt. Die Massen des Volkes, die Opfer auf Opfer brachten, holten hier ebenso wie anderwärts in verschiedenen Geschichtsepochen für die Bourgoisie die Kastanien aus dem Feuer. Die irische Herrschaftsklasse richtet sich nun häuslich ein, baut sich ihre Machtpositionen aus und „das Volk, der große Lümmel", um mit Heine zu sprechen, hat wie der Mohr seine Pflicht getan und kann — gehen . .

Einen wertvollen Beleg hierfür erbringen die Pressenachrichten „The Labour News" der englischen Arbeiter-Partei in ihrer Nr. 163. Der Arbeitsminister in Irland ist eine Frau, und zwar die bekannte politische Führerin, Madame Markievicz. Das Arbeitsministerium hatte bereits viele Abmachungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern in die Wege geleitet, aber der gute Wille und die Interventionen des Arbeitsministers scheiterten zum Teil an der reaktionären Haltung der Unternehmer in dem funkelnagelneuen Freistaat Irland.

Bei den Bahnen sollte ab Januar die Wochenarbeitszeit 45 54 resp. 60 Stunden betragen. Die Lokomotivführer aber wollen z. B. die 48-Stundenwoche. Die Transportarbeiter wurden von den Schiffsgesellschaften verständigt, daß mit Ende dieses Jahres alle bisherigen Regelungen über die Arbeitszeit, Löhne usw. als aufgehoben gelten. Die Unternehmervereinigung von Dublin hat erklärt, daß die Zeit nun gekommen sei, um alle Arbeitsbedingungen einer — Revision zu unterziehen.

Das Blatt schreibt, daß, falls kein „Wechsel des Herzens" der irischen Unternehmer im neuen freien Staate eintritt, mit Beginn des neuen Jahres große Arbeiterkämpfe in Irland heraufbeschworen werden.

Wir können hier wieder einmal aus der Geschichte lernen und werden die weitere Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Irland im Auge behalten und zu gelegener Zeit darüber berichten. Der irländischen Arbeiterschaft aber wünschen wir vollen Erfolg in ihren Kämpfen.

Zur Hilfsaktion des IGB.

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund gecharterte Dampfer „Christian Nuß", welcher die erste Ladung der für die Hungerleidenden Rußlands bestimmten Lebensmittel und Kleider mit sich führt, fuhr am 28. Dezember von Hamburg ab. Das Schiff, welches von 3 Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes begleitet wird, d. h. von den Kameraden Wauters, Delegierter der belgischen Gewerkschaftskommission sowie — auf Anweisung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes — von Vollmerhaus und Stroht, fährt nach Riga, von wo aus die Waren per Eisenbahn über Moskau nach dem Chuvash-Distrikt weiterbefördert werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat es auf sich genommen, in dieser Gegend 40 000 Kinder zu unterhalten und zu verpflegen.

Die Ladung des Schiffes besteht aus ca. 1200 Tonnen Lebensmitteln und Kleidungsstücken, d. h.: 589 150 Kilogramm Roggenmehl, 250 000 Kilogramm Weizenmehl, 29 916 Kilogramm Schmalz, 29 180 Kilogramm Speck, 50 450 Kilogramm Zucker, 35 704 Kilogramm Kakao, 11 306 Kilogramm Margarine, 19 050 Kilogramm Maggi-Suppenpräparate, 6 186 Kilogramm Tee, 28 512 Kilogramm Büchsen kondensierte Milch, 13 Kisten Medikamente, 2000 Paar Holzschuhe, 5300 Ueberzieher für Männer, 3 600 Mäntel für Frauen, 10 000 Paar Strümpfe.

Die Entsendung eines zweiten Dampfers, der jedenfalls im Laufe des Monats Januar ebenfalls in Hamburg auslaufen wird, wird vorbereitet.

Unreelle Geschäftsmethoden

Die Löhne der Wach- und Schließangestellten

Uns wird mitgeteilt: Die Löhne der Wach- und Schließangestellten sind vom 1. Januar 1922 wieder neu geregelt worden. Es erhalten Separatwächter 1420, Revierwächter 1480, Kontrolleure 1580 M pro Monat. Mit 11 der angesehensten Gesellschaften steht der Deutsche Transportarbeiter-Verband im Tarifverhältnis, während mit einigen noch Verhandlungen schweben. Es gibt aber noch Gesellschaften, die im Trüben fischen. Dazu gehört u. a. die Märkische Wach- und Schließgesellschaft, Schöneberg, Feurigstr. 22, die trotz der wenigen Leute, die die Gesellschaft beschäftigt, sich auch noch Schöneberger Wachgesellschaft nennt, oder Finger u. Co. firmiert. Diese Gesellschaft zahlt noch Löhne von 800 M. pro Monat. Auch haben die dort beschäftigten Wächter nicht die Vergünstigungen der bei anderen Gesellschaften Beschäftigten. Dabei treibt diese Firma unsaire Geschäftsmethoden. Auf Kosten der Angestellten und zum Nachteil der reellen Firmen unterbieten diese Leute die monatlichen Abonnements und stecken trotzdem noch Uebergewinne ein. Diese Firma kann natürlich bei diesen Löhnen gar keine vollwertigen Kräfte stellen. Wächter im Sinne des Wortes können es absolut nicht sein. Die dort beschäftigten Leute sind natürlich nicht organisiert, sondern zum Teil von dem letzten Streik bei uns noch in liebevoller Erinnerung wegen ihrer unkollegialen Handlungsweise. Die Betriebsräte aller Berufe bitten wir, bei Vergebung von Bewachungsaufträgen darauf zu achten, daß Verträge nur mit tariftreuen Gesellschaften abgeschlossen werden. Auskunft wird erteilt im Bureau Bayreuther Str. 31.

Die Industrie winkt ab

Wir berichteten in Nr. 583 vom 14. Dezember v. J. unter der Ueberschrift „Auf in den Kampf" von einer „Liga zum Schutze gegen die Uebergriffe der Betriebsräte", die sich in einem längeren Aufruf an die Unternehmer zwecks Unterstützung und Zeichnung von Beträgen wandte. Wir haben diese Liga nicht ernst genommen und u. a. erklärt, daß es für uns aussehe, „als ob unter einem neuen Deckmantel ein nicht ganz schlauer Nepp inszeniert wird".

Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich auch ein der Industrie nahestehendes Organ, und zwar der „Automarkt" in seiner Nr. 1 vom 2. Januar, welches erklärt, daß aus industriellen Kreisen versichert wird, „die Industrie habe sich von vornherein den Bestrebungen dieser sonderbaren Vereinigung ferngehalten und habe auch nicht die Absicht, sie in Zukunft in irgendeiner Weise zu unterstützen". Das Blatt erklärt weiter „die „Freiheit" dürfte in der Beurteilung dieser Liga den Nagel auf den Kopf getroffen haben" und übernahm unseren diesbezüglichen Passus mit der Schlußfolgerung.

Demnach scheinen sogar die Unternehmer keine rechte Lust zu verspüren, sich von dieser famosen Liga bedienen zu lassen und ihr auf den Leim zu gehen, was wir hier gebührend zur Kenntnis nehmen.

Arbeitersport

Alle Vereine, Bezirke, Gruppen, Abteilungen usw. der Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen, die dem Kartell-Verband für Sport und Körperpflege angeschlossen sind, werden am kommenden Montag, den 9. Januar, 7 Uhr, in die hier bekanntgemachten Lokale je einen Delegierten; zu dieser ersten Zusammenkunft am besten den Vorsitzenden. Es sollen die noch fehlenden sechs Groß-Berliner Bezirks-Kartelle gebildet werden:

1. Bezirk „Mitte". Schulaula Auguststraße.
2. Bezirk „Tiergarten". Lokal Schulz, Lüdecker Str. 32.
3. Bezirk „Wedding". Lokal Rob. Marstr. 12 (Metallarbeiterbörse).
4. Bezirk „Prenzlauer Tor". Lokal Heidel, Schönhauser Allee 156.
5. Bezirk „Friedrichshain". Lokal Bayhegener Str. 114.
6. Bezirk „Halleſches Tor". Schulaula Mommsenstr. 128.

In Betracht kommt jede Körperschaft folgender Organisationen: Arbeiter-Turn- und Sport-Bund: (1. Kreis) Turn-, Leichtathletik-, Hockey-, Fußball-Abteilungen und Vereine, sowie die jetzt ungeschlossenen Wassersportvereine, Schwimmer, Ruderer, Segler. Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität": Arbeiter-Athletenbund: Heber-, Ringer-, Boxer-Abteilungen und -Vereine. Touristen-Verein „Die Naturfreunde" und Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde": Jede Gruppe oder Abteilung. Verband Volksgesundheit: Naturheilvereine. Arbeiter-Schachbund: Jede Abteilung. Bund der Arbeiter-Musikvereine: Jeder Blas-, Streich-, Mandolinen- und Tambour-Verein. Arbeiter-Theaterbund: Jeder Verein. Proletarischer Gesundheitsdienst: Jede Abteilung. Arbeiter-Anglerbund: Jeder Verein. Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze-Schrey": Jeder Bezirk. Die Arbeiter-Gesangvereine beider Richtungen können sich anschließen.

Auf diesen Sitzungen muß jeder Bezirks-Kartell nach Konstituierung einen Vertreter für die am Sonntag, 15. Januar, vorm. 9 Uhr, in der Aula der 50. Gemeindeschule, Berlin SO., Mommsenstr. 128, stattfindende Vorstände-Konferenz des Kartell-Verbandes Groß-Berlin für Sport und Körperpflege wählen.

Kartell-Verband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege.

Parteiveranstaltungen

Obleute der Bildungskommissionen!

Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule wichtige Sitzung. Alle Bildungskommissionen müssen vertreten sein. — Verbands-Bildungskommission.

10. Distrikt (Gesundbrunnen). Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf Freilieferung der „Freiheit" haben, bitte, sich bei Gen. Matzulat, Bellermannstr. 82-83, r. Seitenfl., 1 Tr., bis zum 10. Januar, abends von 6—8 Uhr, zu melden.

Freitag, 6. Januar

6. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung.

10. Distrikt (Gesundbrunnen), 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungskonferenz bei Ernst, Bellermannstr. 2-3.

10. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Fritsch, Drontheimer Str. 4.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Abends 8½ Uhr Distriktsfunktionärkonferenz im Klassenzimmer der Gemeindeschule 1 in Steglitz, Ringstr. 55. Distrikts- und Ortsfunktionäre werden um Erscheinen gebeten.

20. Distrikt. Kinderschutzkommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Siedetopf, Muskauer Str. 35. Bitte alle Helferinnen, pünktlich zu kommen.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung beim Genossen Seipke, Kronprinzenstraße.

Sonnabend, 7. Januar

1. Verwaltungsbezirk. Kommunale Kommission. Abends ½8 Uhr wichtige Sitzung sämtlicher Distriktsleute, Stellvertreter und Schriftführer bei Beitz, Germannstr. 23.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7½ Uhr Funktionärsitzung einschl. der Abteilungskassierer bei Streiter, Mariendorf, Chausseestr. 27.

18. Verwaltungsbezirk (Weißensee). Abends 7 Uhr im Rathaus, Sitzungssaal, Albertinenstr. 6. Sitzung des Distriktsvorstandes, der Ortsvorstände, der Kommunalen Kommission und der Fraktion.

23. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Hermsdorf). Abends 6¼ Uhr Funktionärkonferenz im Zeichensaal der 1. Gemeindeschule, Reinickendorf-Ost, Pindauer Straße.

7. Distrikt, 1. Abteilung. Abends 8 Uhr Abteilungskonferenz bei Carus, Voltastraße 37.

12. Distrikt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Hoffmann, Lychener Str. 6.

Vereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Wiederbeginn der Fortbildungskurse Montag, den 9. Januar, Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16-17. Graue Karten: 8 Uhr (Allgemeine Wohlfahrtspflege); rote Karten: 8 Uhr (Invalidenversicherung). Stundenpläne werden am Eingang ausgegeben.

Donnerstag, 5. Januar

Soz. Proletarierjugend, Agitationsbezirk Osten. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung bei Mittchau. Gruppen Osten, Lichtenberg, Strelau, Bohnsdorf müssen unbedingt vertreten sein.

Freitag, 6. Januar

Soz. Proletarierjugend Gesundbrunnen. Abends 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Ledigenheim, Eingang Ohrstraße.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: P. Ruder, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Rauchtabak Pfund 18 Mark. Holländer . . 20 M. Schwarz. Krausen 22 M. Vorstenlake . 23 M. Gold Shag . 27 M. Kund. Gr. Hamburger Straße 1.

Münzen Sammlungen k. Ball, Berlin, Wilhelmst. 46/47. **Münzen** Handlung

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus
Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Klassenscheidung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2 Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht
Haupterpedition C. 2, Breite Straße 8-9
Spedition Franke Genter Straße 34
Spedition Lachmann Stargarder Straße 13
Spedition Sinner Skalitzer Straße 101
Spedition Kolbe O, Weberstraße 25
Spedition Wengels O, Cadiner Straße 11
Spedition Kitzerow Lübecker Straße 16
für Hansa-Viertel

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftwort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Überschriftwort 2.—, jed. weitere Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Bettwäsche billig! weil direkt ab Fabrik. Diese Woche Inventur-Ausverkauf. Sämtliche Preise bis 20% herabgesetzt. Deckbettbezüge von 72.—, Kissen 23.—, Laken 52.—, Prima Wäschestoffe, Inlette, Dimitt, Handtücher, Ueberschlaglaken Engrospreise. Allerreellste Bedienung. Bettwäschefabrik Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Fahrtvergütung. Geöffnet 9—12, 2—7.

Anzüge, Schlafpelze, Ulster, elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse 175 — 1200. Riesenauswahl in allen Artikeln und Preislagen. Keine Sonderwaare. Leihhaus Borhagener Str. 47, Lichtenberg.

Kreuzfüchse 100.—! Alaskafüchse! Edelfüchse! Silberfüchse! Skunks! Opossum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Riesen-Weihnachtsverkauf zu erstaunlichen Spottpreisen! (Keine Ersatzware). Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof Nordring (Fahrtvergütung).

Möbel

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162

Chaiselongues, Umbauliöschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 195.— Walter, Stargarder Str. schräg vis-à-vis.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun lackiert, elegant, solid, billig, in großer Auswahl, stets auf Lager. Fabrikniederlage Wartenburg, Charlottenstr. 15, Ecke Zimmerstr.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Neufeld, Badstr. 34.

Chaiselongues 100,—, Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 160,—, Kinderbettstellen. Meiche Auguststraße 32a. Quab

Möbelhaus Kamerling, Kastanien-Allee 56 Ecke Weinbergsweg. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Kücheneinrichtungen, Ruhbaumwohnzimmer, Sofas, Ruhebetten günstig billig.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8/9

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, emaill preisw. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 Schönhauser Tor.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstr. 19.

Kaufgesuche

Kokosöl, Goldschmied kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168.

Tudermanns Werke komplett kauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9

Schellack, Leim, Firnis usw. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87, Königstadt 2091

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Straße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche sämtliche Metalle

Gerhart Hauptmann's Werke, komplett, kauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Altmetalle zahlt höchste Tagespreise. Baack, Mariannenstraße 27c.

3 Kraftbohrer, Schmirgelsteinen, Feilen, Nähmaschinen-Schrauben, Waßmannstr. 23.

Kugellager kauft Fahrradgeschäft Reinickendorfer Straße 68.

Verschiedenes

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 332 Briefe, stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3 M. (Porto extra.) Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.